

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornauerstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 3 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einchl. Umrahmung. Schwermiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eilet.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesohalle.

Nr. 68.

Dienstag, den 7. Juni 1932.

35. Jahrg.

Auflösung des Reichstages vollzogen.

Die schon am Sonnabend angekündigte, in Aussicht genommene Reichstagsauflösung ist inzwischen erfolgt. Amtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die am 4. Juni erfolgte Auflösung des Reichstages gemeldet:

Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident. gez. v. Hindenburg.

Der Reichsminister. gez. v. Papen.

gez. Frhr. v. Gayl.

Wahltag der letzte JuliSonntag.

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Neuwahlen für den Reichstag am Sonntag, den 31. Juli, stattfinden zu lassen.

Veranlaßt durch die Neuwahl der Bestimmung der Verfassung entsprechend, 60 Tage nach der Auflösung stattfinden. Mit der Wahl am 31. Juli hat die Reichsregierung also den letzten möglichen Termin genommen. Sie hat darauf verzichtet, den Wahltag früher zu legen, offenbar deshalb, weil nicht nur die verwaltungsmäßige Vorbereitung eine längere Zeit beansprucht, sondern auch, um den Parteien genügend Vorbereitungszeit zu lassen, wobei wohl auch daran gedacht wurde, daß die unermesslichen parteipolitischen Kugrupperungen sehr viel Schwierigkeiten machen werden.

Das neue Regierungsprogramm.

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Reichstagsauflösung veröffentlichte das Kabinett v. Papen eine lange Erklärung an Stelle der sonst üblichen Programm-Entwicklung vor dem Reichstag. Die Erklärung lautet:

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer feilschen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur getragen werden, wenn es gelingt, die feilschen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsberathenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichsminister Dr. Brüning hat als erster den Mut

gehabt,

eine klare Bilanz der Lage

zu fordern, in die uns in erster Linie der Verfall der Verfassung und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mithrilität der parlamentarischen Demokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Wehrmacht aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform,

Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation

— ist über schwache Anläge hinausgekommen. Die Sozialverhältnisse haben vor dem Hintergrund die fähigsten geistigen Kräfte am Markt des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen

ständig steigenden Staatssozialismus

die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die

er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zungänglich folgenden moralischen Zermürdung des deutschen Volkes, verhärtet durch den unheiligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturholismus, der wie ein freies Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Gehalt geboten werden. Zu viel ist schon in alle futursten Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung des atheistisch-mathematischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse und der Parteilichkeit bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß

eine klare Entscheidung

darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu lassen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der wirtschaftlichen Existenz, in die Hand zu nehmen, unverzüglich auszuführen. Damit

die Zustände der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates gelöst werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der vor der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Verpflichtungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiet

ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Vorkriegszeit, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele.

Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserer Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gebundenes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Fretlich können alle Bemühungen, die die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen

Störungen auf dem Gebiete des Geldes und Kapitalverkehrs und des Warenverkehrs,

die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beheben. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitwirken bereit sein, die diesem Ziel dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die

Herbeiführung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Herr Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die feilsche und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung

Kabinett von Papen an der Arbeit.

Das neue Reichskabinett wird in seiner nächsten Sitzung Maßnahmen beschließen, die der neuen Regierung als am vorbringlichsten erscheinen. Es handelt sich hierbei um vier politische Aufgaben, die nebeneinander zu lösen sind. Im ersten Stelle steht die Revision der innenpolitischen Maßnahmen des Kabinetts Brüning, vor allem die Umgestaltung der Notverordnung über das Verbot der S. A. Abteilungen, um die Auf-

hebung des Uniformverbotes, die Abänderung der Bestimmungen über die parteipolitischen Versammlungen und Demonstrationen, und um eine Abänderung der Pressenservordnung, die etwas geändert werden soll. Es ist damit zu rechnen, daß spätestens gegen Ende der Woche das Verbot der S. A. und S. A. Abteilungen rückgängig gemacht wird.

Die zweite Sorge der neuen Reichsregierung gilt der Lage des Reiches. Im Reichsfinanzministerium sind schon Referentenbesprechungen über die Frage im Gange, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um im Interesse der Jungausgebung des Staatsapparates die notwendigen Zahlungen

für die nächste Zukunft leisten zu können. An diesen Besprechungen nehmen auch Vertreter des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums teil. In welcher Weise die notwendigen Summen herbeigeführt werden, ist eine noch offene Frage. Es ist vor allem noch nicht entschieden, ob etwa ein Teil der von der Regierung während geplanten Zinsen in Kraft gesetzt werden sollen, oder ob die fehlenden Gelder auf dem Kreditwege beschafft werden sollen. Die Reichsregierung hat jedenfalls die Absicht, durch weitere erhebliche Sparmaßnahmen und wesentliche Vereinfachungen der Verwaltung neue Einnahmen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Eine weitere sofort zu erledigende Aufgabe ist die Vorbereitung der

Konferenz von Lausanne.

die in Mitte des Monats stattfinden soll, wenn sie nicht doch noch, wie hier und da angenommen wird, im letzten Augenblick abgesetzt wird. Der Führer der deutschen Delegation nach Lausanne wird Reichsminister v. Papen sein, wenn es auch noch nicht feststeht, ob er während der ganzen Dauer der Verhandlungen in Lausanne bleiben wird. Mitglieder der deutschen Delegation werden Außenminister v. Neurath, Finanzminister Graf Schwerin-Krozig, Wirtschaftsminister Professor Dr. Bamboed sowie mehrere Staatssekretäre sein. Die wiederholte in letzter Zeit aufgetauchte Vermutung, daß auch der ehemalige Reichsminister Dr. Schacht der deutschen Delegation angehören wird, will sich nicht bestätigen.

Als letzte dringende Aufgabe wird die Reichsregierung in kurzer Zeit eine große Reihe von

sozialpolitischen Maßnahmen

durchzuführen, da die Sozialversicherungen sich in größter Not befinden und in Frage zu stellen gehoben werden muß, wenn sie nicht gänzlich zusammenbrechen sollen. Zu diesen sozialpolitischen Maßnahmen gehört auch die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms, bei dem aus der Regierung während in Aussicht genommene Zinsentlastungen sehr wesentlich abgemindert werden wird.

Brüning antwortet Papen. Scharfe Erklärung der früheren Regierung

An die neue Reichsregierung.

Der Reichsminister und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichten folgende Erklärung:

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen. Das deutsche Volk wird es darum verzeihen, wenn wir auf diesem Wege dem Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschleiben, entgegenzutreten.

Wohin gehen die Vorwürfe?

Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen seien in Frage gestellt, die Reformen über schwache Anläge nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit?

Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat vergrößerte, die Währungszerstörer und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders scharfe Währungsmaßnahmen machte. In einer Zeit, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — wie immer die

Zusammenlegung einer Regierung sein möchte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückfälligen Neuerung abzurufen.

Andere Abarten haben in den letzten Jahren entweder von Neuen gelebt, die Deutschland ließen, aber neue Säulen großen Stils gemacht, was für Deutschland fastlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte Sanierung von Banken, Industriebetrieben, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Sanierung und Landwirtschaf auf Verwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden.

In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen nicht mehr als sechs Milliarden Mark geduldet. Das hat nicht „schwache Mächte“ wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche Anpassung an die Armut der Nation“ ist weitgehend erfolgt und in dem Hausat ist jedes einzelne sichtbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugeworfen, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen im großen Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz aller Stürme sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Staatsjahres 1932/33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligen Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siebelungsplan weiteren Volkstreffen Hoffnung auf Selbsthilfe auf eigener Scholle zu eröffnen. Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswerkes in einem entscheidenden Augenblick fast unterbrochen. Die Tatsachen sprechen mit unerfütterlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.

Wir haben nicht nur eine Bilanz gefordert, sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volk in aller Öffentlichkeit vorgestellt. Wir haben kein Zimmerrätsel geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die zehnjährigen Strömungen im Lande alle Kraft aufgewendet. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Beschleunigung der Gottesdienstpropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte, geistige Überwindung dessen, was an zehnjährigen Kräften innerhalb des deutschen Volkstörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen, als durch überzeugenden und überzeugenden christlichen Zeugnissen der einzelnen erfolgen. Mit politischen Mitteln allein ist keine christliche Volkstultur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglicher Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfallung bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Selbstliebe des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.

Regierung und Reichstag.

Die seit dem Rücktritt verstrichenen acht Tage haben mit erfreulicher Schnelligkeit jedenfalls eines herbeigeführt: die innenpolitische Klarheit. Der gleich zu Beginn fast in den Vordergrund gestellte Charakterzug des Präsidialkabinetts Papen ist womöglich noch scharfer beleuchtet worden durch den Beschluß der neuen Regierung, sich nicht das „zu ihrer Amtsführung notwendige“ Verordnungen des Reichstages zu verschaffen, auch nicht den Versuch dazu zu machen, sondern den Reichstag aufzulösen. Man hat es auch unterlassen, dem Reichstag selbst die Todesstunde zu verkünden, sondern hat dies — was wohl in der Geschichte aller Parlamente einzig dastehet, aber gewissermaßen „modern“ annimmt — auf dem Zeitungsweg „modern“ getan. Denn es war für das Kabinett nicht bloß zwecklos, sondern unter Umständen verfassungsgemäß nicht ganz ohne Gefahr, überhaupt vor den Reichstag zu treten. Denn im Falle einer Abstimmung z. B. über den bereits eingereichten Mißtrauensantrag wäre das Kabinett Papen in recht erheblicher Minderheit geblieben; hatte sich doch — was für den Reichstag entscheidend wurde — das Zentrum mit einer Schwärze gegen das Kabinett Papen ausgesprochen, die fast sensationell wirkte und durch den nachfolgenden Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstag noch verstärkt wurde. Selbst wenn also im Reichstag die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und sonstigen Parteien, die zur Regierung in Opposition gestanden hätten, nun für die Regierung Papen eingetreten wären, so hätte das längst nicht ausgereicht, um die Mehrheit zu bilden. Außerdem haben die Nationalsozialisten und Deutschnationalen schon wiederholt die Auflösung des Reichstages verlangt, weil er nicht mehr der politischen Stimmung des deutschen Volkes entspreche. Mit dieser Begründung wurde der Reichstag durch den Reichspräsidenten aufgelöst. Durch diese Auflösung und durch die Neuwahlen stellt die Regierung sich vor das Volk direkt, um sich von ihm das Vertrauen oder das Mißtrauen votieren zu lassen. Auch wenn dann im Laufe dieses ersten Dalbjahres das deutsche Volk tatsächlich zum vierten Male zur Stimmabgabe aufgefordert wird, so sollte es auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht durch Wahlminderheit oder Wahlenthaltung zu einem unklaren Votum kommen dürfen. Die Nation wird vor die Klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist, heißt es im Schlußsatz der Regierungserklärung.

Für den Weg der Gegenwart, der nächsten Tage und Wochen enthält diese Erklärung allerdings kaum etwas, was über Änderungen hinausgeht. Nur daß ein Teil der vom früheren Kabinett geplanten Maßnahmen durch

Notverordnung Gesetz werden soll, wird direkt gesagt, im übrigen aber — und das erinnert an das Programm Macdonalds, als er im Herbst vergangenen Jahres zu den Wahlen aufrief — hilt sich die neue Regierung, Versprechungen zu machen. Denn wer kann denn heute für spätere Zeit überhaupt noch etwas versprechen! Der Staatsmann, der Wirtschaftsführer sicherlich nicht — so etwa äußerte sich damals Macdonald. Und heute, im rasenden Herumwirbeln des Rades der Geschichte, an das wir alle gefettet sind, sind Versprechungen erst recht nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben werden. Die Regierung „will handeln und man soll sie nach ihren Taten beurteilen“. Sie hat es jedenfalls vermieden, in ihrer Erklärung außenpolitisch allzu weitgehende Forderungen zu stellen, wußt hierbei vielmehr Formulierungen, die sich mit den früher geäußerten so ziemlich decken. „Völlige Gleichberechtigung“, „politische Freiheit“, „Möglichkeit wirtschaftlicher Genesung“, sind ja auch wirklich „nationale Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt“. Schon in den nächsten Wochen wird die Regierung sie im Ausland und vor dem Ausland vertreten müssen.

Politische Märchenerzähler.

Englische Phantasien über Deutschland.

Zu einer besonders in der englischen Presse verbreiteten Meldung, daß der Reichspräsident von Hindenburg an seinem 85. Geburtstag, am 2. Oktober dieses Jahres, dem früheren Kronprinzen die Reichsverweserschaft übertragen werde, wird an zufälliger Stelle erklärt, daß an allen diesen Gerüchten kein wahres Wort sei.

Dieses amtliche Dementi ist dadurch veranlaßt worden, daß die Londoner Presse vom amtlichen englischen Reuterbüro mit den aufheuerregendsten Nachrichten über die Lage in Deutschland gespeist worden ist. Auf Grund „einer Information aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle“ verbreitete dieses Nachrichtenbüro die Meldung, daß

eine Revolte in Deutschland

ausgebrochen sei, Truppen wären aufgeboten worden und die Regierung von Nachrichten aus Deutschland nach dem Ausland sei unterbrochen worden. Obwohl diese Mitteilung späterhin demontiert wurde, so erschien sie doch in großer Aufmachung in den populären Sonntagblättern.

Das Reuterbüro fan der Zensurlosigkeit der Blätter auch durch Verbreitung von Nachrichten entgegen, die besagen, daß Hindenburg an seinem 85. Geburtstag, am 2. Oktober, wie man in Berlin glaube, eine Proklamation erlassen wolle, daß der

Kronprinz zu seinem Nachfolger

und Regenten vorgeschlagen werden soll. Reuter sagt hierzu, daß dies nicht etwa Angstmacherei, sondern die Ansicht der nationalen Kreise wäre. Auch Lord Northcote, der Besitzer der „Daily Mail“, der sich ungenügend in Deutschland aufhält, hält die Klatscherei der Londoner Blätter wahrscheinlich noch vor Ende 1933 für möglich. Er glaubt, daß auch in ein bis zwei anderen mitteleuropäischen Ländern

der monarchische Geist

eine Wiederbelebung erfahren werde. Die Monarchie sei gut für das deutsche Geschick. Ohne einen Kaiser sei Deutschland nie ein glückseliges Schiff. Diese phantastischen Gerüchte werden von einem Vertreter der deutschen Regierung bezeichnet als „eine Lüge, mit der Absicht erfinden, die neue Regierung in Mitleidenschaft zu bringen“.

In der Presse ist behauptet worden, daß der neue deutsche Reichszentraler von Papen vor einiger Zeit in Paris zu einem deutsch-französischen Bündnisgeheim abgehandelt habe. Diese Behauptung ist, wie an zufälliger Stelle mitgeteilt wird, falsch.

Reichsaußenminister v. Neurath in London

Absichtsbefugnisse beim englischen König und Außenminister Sir John Simon. Der deutsche Reichsaußenminister und frühere Vorgesetzte in London, Freiherr von Neurath, hat eine dem englischen Außenminister Sir John Simon seinen Absichtsbefugnis abgehandelt. Die Unterredung dauerte längere Zeit und gab von Neurath Gelegenheit, Sir John Simon die Lage in Deutschland darzulegen. Gegen Mittag empfing der König Freiherrn von Neurath in Audienz. Danach verließen Reichsaußenminister und seine Gemahlin zum Frühstück in Buckinghampalast.

Die deutschen Reparationszahlungen.

Der englische Außenminister Sir John Simon wurde im Unterhaus von einem Abgeordneten gefragt, ob er Mitteilungen darüber habe, daß die deutsche Regierung keine weiteren Reparationszahlungen mehr leisten könne.

Sir John Simon erwiderte, die Stellungnahme der deutschen Regierung in bezug auf die Reparationszahlungen sei in verschiedenen öffentlichen Erklärungen largemacht worden, insbesondere in der am 11. Mai von Dr. Brüning abgegebenen Meinungsäußerung.

Schäffer Reichsarbeitsminister.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichspräsidenten den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Hugo Schäffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt.

In Teplitz müssen 37 deutschstämmige Eisenbahnbeamte, die die Sprachprüfung schon vor einiger Zeit mit gutem Erfolg abgelegt hatten, sich einer neuerlichen Sprachprüfung unterziehen. Damit erscheint die Befristung bestätigt, daß die angeforderten Abbaumassnahmen des tschechoslowakischen Eisenbahnministers sich wiederum gegen die deutschen Beamten richten.

Die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin haben sich in der Verteilung der Sitze noch Verschiebungen ergeben. Die Nationalsozialisten verfügen nach der neuesten amtlichen Zählung über 30 von den 60 Sitzen. Die ursprüngliche Zählung hatte nur 29 Mandate ergeben. Auch die Kommunisten haben noch einen Sitz dazu bekommen, und zwar dadurch, daß ihnen noch nachträglich 44 Stimmen zugeworfen sind. Die nationale Rechte verfügt nun über 35 Sitze von den insgesamt 60 Sitzen.

Das vorläufige amtliche Endergebnis der Wahlen lautet:

Nationalsozialisten	30 (2)
Deutschnationale	5 (23)
Bürgerl. Arbeitsgemeinschaft (Staatsp. u. Mieterbund)	1 (1)
Arbeitsgemeinschaft nat. Mecklenb.	1 (—)
Sozialdemokraten	18 (26)
Kommunisten	5 (3)

Diese Mandate errechnen sich aus folgenden Stimmziffern:

		Reichstagswahl 1930	Landtagswahl 1929
Sozialdemokraten	108 368	124 922	120 570
Kommunisten	27 006	27 644	16 451
Nationalsozialisten	177 029	72 033	12 721
Deutschnationale	32 876	39 874	140 151
Nat. Mecklenburger	7 482	49 412	—
Bürg. Arbeitsgem. d. Mitte	7 896	8 006	8 962
(Staatspartei)			

Das Ergebnis der Wahlen zeigt also, daß die Nationalsozialisten in Mecklenburg einen großen Sieg errungen haben. Stark verloren haben die Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger sowie die Sozialdemokraten und Kommunisten. Zum ersten Male sind jetzt die Deutschnationalen allein vorgegangen, mit dem Ergebnis, daß sie von den Stimmen der letzten Reichstagswahlen mehr als vier Fünftel hielten, während die Splitter und Gruppen der Mitte auf ein Siebentel ihres Wählerbestandes zusammenschumpften.

Der neue Ministerpräsident.

Gutsbeiferer Granzow-Severin.

Der Leiter des Landes Mecklenburg-Lübder der NSDAP, Reichs- und Landtagsabgeordneter Friedrich Gutsbeiferer, erklärte zu dem Ergebnis der Mecklenburg-Schwerinschen Landtagswahl u. a.: Die mecklenburgische Bevölkerung habe nunmehr Klarheit gefunden, daß das Land unabhängig von allen anderen Parteien nationalsozialistisch regiert werden solle. Die Zahl der Regierungsmitglieder würde wahrscheinlich von drei auf zwei herabgesetzt werden. Er, Gutsbeiferer, könne jetzt schon den neuen Ministerpräsidenten des Freistaates Mecklenburg-Schwerin vorstellen. Es sei dies der Parteigenosse Gutsbeiferer Granzow-Severin.

Die erforderliche Umstellung werde sachlich und im Rahmen der Gesetze erfolgen. Unter einer nationalsozialistischen Regierung werde es nicht möglich sein, die in Segenden Mecklenburgs marxistische Ummriedelung gedeutet werden, wie es unter der nationalen Regierung Eschenburg möglich gewesen sei. Um die Mißwirtschaft in den einzelnen Kommunen zu beseitigen und Einblicke in die Haushaltsspläne zu gewinnen, würden an mehreren Stellen Landeskommissare eingesetzt werden. Die NSDAP sehe eine ihrer Hauptaufgaben darin, die neue Konfirmierung des Landtages in Verbindung mit anderen Ländern, wie Oldenburg, Braunschweig usw., mit einer Wiederentscheidung gegen das herrschende System im Reich zu beginnen.

Neue Notverordnung zum Wochenende.

Aufhebung aller bisherigen politischen Notverordnungen. Zu der vom Reichsinnenminister, Freiherrn von E. Schmidt, in Königsberg angeführten Veranlassung der verschiedenen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung wird von unterrichteter Seite bekannt, daß im Reichsinnenministerium bereits der Entwurf einer entsprechenden Notverordnung fertiggestellt ist, der als erstes das Reichskabinett bei seinem Wiedereinzutritt, voraussichtlich am Dienstag, beschäftigen wird.

Die neue Notverordnung soll zunächst alle bisherigen politischen Notverordnungen (nicht die wirtschaftlichen) aufheben und nur einige Bestimmungen in neuer Fassung enthalten.

Aufgehoben würde vor allem das S. A. und S. E. Verbot sowie das Unfriedensverbot. Die Versammlungsfreiheit und die Pressefreiheit würden in weitestem Umfang wiederhergestellt.

Bekannt werden

in erster Linie die Bestimmungen über Waffenbesitz und Waffenfragen, ferner einige Bestimmungen, die grobe, unrichtige Angriffe in der Presse und in Versammlungen verhindern sollen. Auch das Kontrollrecht des Reiches über die Wehrverbände dürfte aufrechterhalten werden.

Mit der Veröffentlichung der Notverordnung ist Ende der Woche zu rechnen.

Reichslandbund gegen preussische Schlachtfleuer.

Der Reichslandbund hat in einem Schreiben an den preussischen Finanzminister Widerspruch gegen die „Breslauer Erklärung“ zur Verfügung gestellt. Ein Führer der Sozialisten in Preußen erwiderte: In dem Schreiben wird u. a. ausgeführt: „Nach den Erfahrungen in Sachsen und Bayern muß damit gerechnet werden, daß diese Steuer auf die Landwirtschaft abgewälzt wird. Angesichts des besonderen Leidens der Viehzüchter ist daher, schon im engeren landwirtschaftlichen Sinne gesehen, ein Druck auf die Erzeugerpreise unerträglich. Angesichts der stark geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung würde jede steuerliche Maßnahme des Reiches sich in einem Konsumrückgang und damit auch in einem Preisrückgang auswirken.“



Die frühere Tätigkeit des Reichszanlers in den USA.

Eine amtliche Stellungnahme.

Amtlich wird mitgeteilt: In einem Teile der deutschen Presse sind Nachrichten verbreitet, die sich mit der früheren außenpolitischen Tätigkeit des Reichszanlers in den Vereinigten Staaten von Amerika befassen. Diese Nachrichten stützen sich zum größten Teil auf die Wahrheit völlig entstellendes Propagandamaterial unserer früheren Gegner aus dem Weltkriege.

Nach Auffassung der Reichsregierung ist es ein Standpunkt jedes Vaterländisch denkenden Menschen unüberwindliches Verbot, wenn derartige Material dazu mitbenutzt wird, um das Ansehen des Reichszanlers vor dem In- und Auslande herabzusetzen. Die Reichsregierung ist entschlossen, einer derartigen Brunnentätigkeit mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Französisch-belgische Invasionsangst.

Die Verteidigungslinie gegen Deutschland.

In einer Unterredung erklärte der belgische Kriegsminister, daß es sich bei den belgischen Befestigungen in erster Linie darum handelt, die belgischen Ardennen von Arlon ab gegen eine Invasion zu sichern. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die belgische Verteidigungslinie in enger Verbindung mit der französischen gebaut werden müsse. Der Minister fügte weiter aus, daß das belgische Befestigungssystem an der Maas aus drei Linien bestehen werde, aus einem Befestigungsgürtel am Fluße selbst, aus einer den Forts vorgelagerten Hauptverteidigungsline und aus einer bescheidenen Linie an der Grenze.

Abgehaakte Hände in der Berliner französischen Botschaft.

Graufige Tat eines Geisteskranken.

In der französischen Botschaft in Berlin erstanden ein unbelasteter junger Mann und übergab dem Hauswart ein Paket mit der Bitte, es an den Botschaftler weiterzugeben. Der Hauswart übergab das Paket einem Postboten, der es dem Botschaftler brachte. Der Postbote fand in dem Paket ein Briefchen mit dem Namen Schöb. In dem Brief stand u. a. der Name Schöb vor. Während die Polizei nach dem Nachforschungen beschäftigt war, lief bei ihr ein Telegramm der Staatsanwaltschaft über ein mit der Mitteilung, daß ein gewisser Schöb in Catin seine Mutter ermordet und sich vermutlich nach Berlin gewandt habe.

Der Euthimie Mörder, der offenbar geisteskrank ist, hat seiner gefährlichen Mutter, der Witwe eines Regierungsbeamten nicht nur die Hände, sondern auch die Beine vom Körper abgetrennt. Wie verlautet, soll Schöb schon längere Zeit in einer Heilanstalt bei Bödewitz interniert gewesen sein.

Direkte englisch-irische Verhandlungen.

Thomas fährt nach Dublin.

Der Minister für die Dominien machte im Unterhaus die auffordernde Mitteilung, daß er zu Verhandlungen mit der irischen Regierung über die Wehrdienstkonvention in Ottawa in Begleitung des Kriegsministers nach Dublin fahren werde. Die Reise erfolge auf Grund einer von irischen Oberkommissar in London überreichten Einladung, in der de Valera die englische Regierung zu vorbereitenden Besprechungen über die Schwierigkeiten zwischen beiden Staaten bezüglich der Databar Konferenzen aufforderte.

Thomas teilt ferner mit, daß sich de Valera bereit erklärt habe, den Besuch der englischen Minister zu erwidern und die Verhandlungen in London fortzusetzen.

Anschlag auf Mussolini bereitet.

Ein 25jähriger Italiener, der geistig sein soll, einem Anschlag auf Mussolini geplant zu haben, wurde in Rom auf der Piazza Venezia verhaftet. Er war im Besitz von zwei Bomben in einem Revolver.

Bei der Untersuchung wurde bei ihm ein schweizerischer Paß auf den Namen Angelo Galvini gefunden, jedoch soll festgestellt worden sein, daß sein richtiger Name Garbellotto ist.

Bei der Untersuchung der Bomben wurde festgestellt, daß sie eine gefährliche Wirkung gehabt hätten. Es heißt, daß es sich um einen italienischen Emigranten handelt, der 1925 aus Italien in die Schweiz übersiedelt ist. Er soll bereits im Oktober nach Rom gekommen sein und seither seinen verbrecherischen Plan geübt haben, ohne jedoch die Gelegenheit zu seiner Ausführung gefunden zu haben.

Der Kriegsteilnehmermarsch auf Washington.

Sie bleiben in Washington bis zum 13. Juni.

Aus allen Staaten wird der Anmarsch weiterer Kriegsteilnehmergruppen auf Washington gemeldet. Am Dienstag wollen die Kriegsteilnehmer in Washington eine große Massenfesta mit und veranstalten. Die Polizei erklärt, daß weitere Unternehmungen sowie Lebensmittel nicht verfügbar seien. Dagegen sind den Kriegsteilnehmern für Donnerstag Laptops zum Abtransport zur Verfügung gestellt worden.

Von den Führern der Bewegung wird erklärt, daß die amerikanische Regierung die Kriegsteilnehmer in den Jahren 1917/18 unterhalten habe; das gleiche könne sie auch jetzt tun.

Die Kriegsteilnehmer beabsichtigen, Washington zu besetzen und die Abstimmung des Kongresses über die Kriegsprämie, die am 13. Juni stattfinden soll, abzuwarten. Allem Anschein nach ist der kommunistische Einfluß im Wasser. Das Reichsministerium hat Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Der Beschluß über Zulegung der zur Gemeinde Annaburg gehörigen Parzellen:

Mauerwiesen einschl. der dazugehörigen Siedlerwiesen, Pflanzwiesen, Kälberweiden rechts und links des früher Weizner'schen Grundstücks,

Schafplan von Bernide, der Parzellen zwischen dem Köppler'schen Grundstück, dem vorbezeichneten Schafplan, Mittelgraben und Weg, verschiedenen Besitzern gehörig, Heide'sche Brauereifeld, Ursula Moeller'sches Brauereifeld, der Parzellen rechts und links der Zillsdorferstraße, der Steingrubstraße hinter der Bahn, verschiedenen Besitzern gehörig,

der zwischen der Gemarlung Lebin und dem Eigenjagdbezirk — ehemals dem Gutsbesitzer Moeller-Annaburg gehörig — liegenden Parzellen, Kartenblatt 7 Nr. 56, 57, 58, 59, Kartenblatt 8 Nr. 137/55 und 138/55

zum Eigenjagdbezirk des Kaufmanns Werner Lehmüller, wohnhaft in Berlin, Lühnow-Str. 17 liegt vom 8. bis einschl. 21. Juni 1932 im Rathaus hier selbst — Zimmer Nr. 1 — zur Einsicht aus.

Annaburg, den 6. Juni 1932.

Der Jagd-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Die Steuerpflichtigen werden gebeten, die Hauszins-, Staats- und Gemeindegündervermögenssteuer für den Monat Juni 1932 bis zum 15. d. Mts. an unsere Gemeindekasse zu entrichten.

Für Zahlungen nach dem 15. ds. Mts. werden die gesetzlichen Verzugszuschläge, die z. T. 1,5 % für jeden angefangenen halben Monat betragen, erhoben.

Annaburg, den 7. Juni 1932.

Der Gemeinde-Vorstand.

Locales und Provinziales.

Landarbeiterlöhne und -tarife abgebaut. Für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt ist ein endgültiger neuer Tarif zwischen landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ohne Zwischenverhandlung staatlicher Instanzen abgeschlossen worden. Neben allgemeinen Lohnentzügen bringt dieser Tarifvertrag eine Bestimmung, die veranschlagt für 1932 festlegt, daß der Lohn für nicht vollwertige und ausschließliche eingetragene Arbeiter, sowie für auf Antrag von Gemeinden beschaffte Unterführungsgehilfen, in diese Vereinbarung unter Mitwirkung der Arbeitervereinigungen eingegliedert werden kann, so daß also diese Personen den Lohnfestsetzungen des Tarifs nicht unterliegen. Diese Bestimmung bedeutet einen Verzicht zur Auflockerung des Tarifvertrages. Man begründet ihn mit der Möglichkeit einer Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose in großem Umfang.

Arbeitsopfer und Kapitalabfindung. Die in letzter Zeit stark in Erscheinung tretenden Anträge von Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitervereinigungen auf Gewährung einer Kapitalabfindung berechtigen zu der Auffassung, daß in den Kreisen der Versorgungsberechtigten die Sachlage nicht hinreichend bekannt zu sein scheint. Wie der Vorstand des Reichsverbandes Deutscher Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitervereinigungen e. V., Berlin SW 68, Charlottenstraße 85, hierzu mitteilt, ist unter Hinweis auf die ungünstige Finanzlage des Reiches die Gewährung einer Kapitalabfindung in absehbarer Zeit unmöglich gemacht worden. Ganz ausnahmsweise und nur in besonders dringenden Fällen kann eine Kapitalabfindung nur noch bewilligt werden, wenn durch sie die Erhaltung eines bereits erworbenen Grundstücks ermöglicht werden soll. Zum Erwerb von Grundbesitz ist die Gewährung einer Kapitalabfindung grundsätzlich nicht möglich. Bei Erwerb eines Grundbesitzes werden die Versorgungsberechtigten Siedler, denen die Kapitalabfindung wegen der ungünstigen Finanzlage des Reiches verweigert bleibt, auf die Möglichkeit der Befreiung von der Grunderwerbsteuer durch die zuständige Finanzbehörde bei Erwerb eines Grundbesitzes hingewiesen. Diese Steuerbegünstigung wird gewährt, wenn das jeweilige zuständige Hauptverwaltungsamt die hierfür vorgeschriebene Bescheinigung ausstellt. Anträge auf Ausstellung der Bescheinigung für den Zweck, Befreiung von der Grunderwerbsteuer zu erlangen, sind bei den auf den Rentenbescheiden oermerkten, zuständigen Versorgungsämtern zu stellen. Amtlich wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß aus der Erstellung von Bescheinigungen der Hauptverwaltungsämter für Grunderwerbsteuerzwecke keinesfalls Erwartungen für spätere Bewilligung einer Kapitalabfindung hergeleitet werden können.

Kindernot durch Arbeitslosigkeit. Vielfach wird übersehen, welche Gefahren für die heranwachsende Generation mit der Arbeitslosigkeit verbunden sind. In den Berichten beamteter Ärzte wird darauf dringend aufmerksam gemacht und Abhilfe erbeten. Die Arbeitslosigkeit der Eltern verursacht bei vielen Kindern Unterernährung, Häufung der Krankheiten, Gleichgültigkeit gegenüber hygienischen Anforderungen. Die Schulpflicht berichtet fast immer von unterernährten Kindern, die morgens ohne Frühstück in die Schule kommen und mit einer Morgenerkrankung, oft auch ohne diese, bis zum Mittagessen aushalten müssen, sobald die Kinder dem Schulunterricht nur müde folgen können und oft einen jeztlich sehr ungünstigen Eindruck machen, der durch die

häuslichen Verhältnisse bedingt wird. Die Kleidung läßt viel zu wünschen übrig. Die Kinder, auch die ganz kleinen Kinder, von 2-4 Jahren, werden nicht gebadet, weil kein Feuerungsmaterial vorhanden ist. Kinderkrankheiten und Erkrankungen häufen sich. Der Arzt wird sehr oft zu spät oder gar nicht aufgesucht, weil für Arzneien und Medizin die notwendigen Gebühren nicht aufzubringen sind oder kein Fahrgeld vorhanden ist. Bei Säuglingen treten wieder Atrophie und englische Krankheit auf, Krankheiten, die man schon als überunden angesehen hatte. Sehr bedenklich sind die häufigen Erkrankungen der Kinder in den Schulen infolge Blutmangel und Hunger; Schwindel- und Ohnmachtanfalle treten fast auf, auch bei älteren Kindern. Bei Nachforschungen in den Haushalten hat sich herausgestellt, daß die Ernährung völlig unzureichend ist. Vitamine (Vitamin B, Gemisch) ganz fehlen. Störungszustände machen sich in gewissen Lebensquartieren der Großstädte bemerkbar. Besonders Hilfe erfordert die Not in kinderreichen Familien, für die im allgemeinen viel zu wenig geschieht, sobald es kein Wunder ist, wenn Kindererkrankung als Strafe gefühlt wird und auf andere abgesehen wird.

9,96 Milliarden RM. Spartafestlagen Ende April im Deutschen Reich. Einer Meldung aus Berlin zufolge beliefen sich die Spartafestlagen bei den deutschen Spartafestlagen Ende April 1932 auf 9,965,64 Millionen RM. gegenüber 9,951,20 Millionen RM. Ende März. Der Berichtsmonat weist mithin eine Zunahme von 4,64 Mill. RM. auf gegenüber einer Abnahme um 36,57 Millionen RM. im März.

Eine Zeitungsanzeige ist eine Urkunde. Das Schöffengericht verurteilte eine 21jährige Hauswirtschafterin aus Petersdorf wegen groben Unfuges und Urkundenfälschung zu 100 RM. Geldstrafe. Die Verurteilte hatte in einer dortigen Zeitung eine Todesanzeige aufgeben, die den Namen eines anderen, 17jährigen Mädchens, einer früheren Freundin der Angeklagten, trug. Die Freundin erfreut sich bester Gesundheit.

Jessen (Ester). (Scharfe Kritik des Arbeitsamtes.) Der Verband der preussischen Landgemeinden, Arbeitsabteilung Schweinitz, hielt in Herzberg und Jessen seine diesjährigen Mitgliederversammlungen ab. Vizepräsident des deutschen Landgemeindeganges, Ministerialrat z. D. Schellen, Berlin, sprach über das Thema „Die kommunalpolitischen Tagesfragen vom Standpunkt der Landgemeinden“. Aus den Verhandlungen ist ein scharfer Vorstoß erwachsen, den Landrat Dr. Meise, Herzberg, in Jessen gegen das Arbeitsamt Torgau unternahm, und zwar wies er darauf hin, daß von den Gemeinden Beträge zum Ausgleich des gemeindlichen Anteils an der Krisenfürsorge angefordert würden, ohne das jemals eine Abrechnung erteilt werde. Meigten sich Gemeinden dann weitere Beträge abzuführen, so würden die angeforderten Summen einfach von den Überweisungen an die Gemeinden aus dem Einkommensteuerauskommen abgezogen. Gegen diese Methode könne nicht entschieden genug Front gemacht werden.

Jessen, 6. Juni. Auf dem Markt waren 472 Ferkel und ein Läufer aufgetrieben. Die Preise für Ferkel bewegten sich zwischen 7 und 11 RM. pro Stück. Für Läufer wurden 30 Wp. pro Pfund gezahlt. Der Markt wurde ziemlich geräumt.

Gorsdorf, 6. Juni. (Einige Rippen eingeschlagen.) Ein etwa 20 Jahre alter arbeitsloser Gemann von hier, der mit seiner noch jüngeren Ehefrau bei seiner ungefähr 60 Jahre alten Schwiegermutter wohnt, schlug dieser mit einer Faust einige Rippen ein. Seine Schwiegermutter hatte ihm einen Wunsch abgehört. Wie berichtet wird, soll er außerdem weitere Drohungen gegen sie ausgesprochen haben. Die alte Frau hat gegen ihre freundlichen Schwiegermutter Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt.

Schweinitz, 4. Juni. (Weiteres Steigen des Hochwassers.) Obwohl die Regenperiode nachgelassen hatte, steigt die Schwarze Elster immer mehr. Unausflutbar kommen gewaltige Schmutzige, gelbe Wasserströme von oben herunter und drohen für Schweinitz und die unteren Anleger der Elster eine Gefahr zu werden, zumal dann, wenn sich der Rückfluß der Elbe erst bemerkbar machen wird. Vor der Mühlenbrücke hat der Druck des Wassers bereits den linken Damm durchbrochen. Alle Anstengungen vermehren nicht die Deffnung wieder zu schließen, jedoch sich das Wasser ungenutzt über Wiesen und Acker ergießt und alles mitreißt, was auf baldige Ernte hoffen lieh. Auch oberhalb der Stadtdämme hat das Wasser an einer Stelle den Sommerwall überfliegen und ergießt sich hier auf die Tiergartenwiesen.

Torgau. Am Freitag fand eine Vorstandssitzung des Kreislandbundes statt, in der der bisherige Kreisbauernmeister Dr. Dr. Wente-Breitel, mit allen übrigen Vorstandsmitgliedern des Kreislandbundes seinen Rücktritt erklären mußte. In den Kreisen der Bauern hatten sich, besonders unter Führung von Nationalsozialisten, feste Widerstände gegen die politische Haltung Wentes bemerkbar gemacht. Als zwangsweise Folge der allgemeinen Unzufriedenheit ist dieser Rücktritt zu werten. Auch unter dem Gesichtspunkt einer kräftigen Führung im Kreislandbund war der Rücktritt Wentes zu erwarten, der durch seine mannigfaltige politische Tätigkeit gehemmt, sich um die Verhältnisse in den engeren Grenzen des Landbundes im Kreise Torgau fast überhaupt nicht kümmerte. Als Nachfolger Wentes wird u. a. der frühere Kreisbauernmeister Boes (Mordetna) genannt.

Torgau. Am Sonnabend und Sonntag feierten die ehemaligen Angehörigen des altten Regiments- und Landwehrregiments Nr. 72 in ihrer alten Garnisonstadt Torgau ein Wiederkehrsfest. Aus allen Ortsgruppen waren Vertreter, zum Teil mit den Frauen, erschienen. Auch die Traditionskompanie, 8. W.-G.-Kompanie 3.-R. Nr. 12 in Dresdenburg war mit einem Offizier und 10 Mann vertreten. Die Wiederkehrsfeste begannen am Sonnabendmorgen mit einer Vertreterversammlung. An die Versammlung schloß sich ein

Begrüßungabend, der überaus stark besucht war. Die Hauptfeierlichkeiten des Sonntags waren der Appell aller drei Regimenter im Hofe des Schlosses Gartenfelds und der Feldpostdienst am Ehrenmal der 72er im Stadtpark. Superintendent Barbe hielt eine ergreifende Festpredigt. Mit einem Konzert und deutschen Tanz erreichte die Wiedersehensfeier der 72er, an der sich einige hundert Regimentsangehörige beteiligten, ihr Ende.

Delitzsch, 6. Juni. (Explosion eines Postautos.) Auf dem Hof des Delitzscher Postamtes explodierte der Benzintank eines Landpostkraftwagens, der dort getankt hatte. Ein Brandmeister der Delitzscher freiwilligen Feuerwehr, der mit einem Handfeuerlöscher aus acht Meter Entfernung den Brand zu erlöschen versuchte, erlitt durch die Stichflammen schwere Brandwunden am Kopf und an den Händen. Auch ein Postbeamter wurde am Kopf verletzt.

Schölk, 4. Juni. (Bodenlose Tierquälerei.) Am Montag vermisste der hiesige Gastwirt seinen Hofhund, der angefallen gewesen war. Nachforschungen ergaben, daß in der Nacht zum Montag ein Motorradfahrer und ein Sojus das Tier von seiner Hütte losgelassen und es auf ihrer Fahrt hinter sich hergeschleppt haben. Der Hund wurde, aus vielen Wunden blutend, kurz vor Reibitz halbtot aufgefunden. Gegen die tierliebenden Motorradfahrer ist Anzeige erstattet worden.

Dehna, 4. Juni. (Einbruch.) In der Nacht zum Sonnabend wurde bei dem Sattlermeister Hennig, der die Zweigstelle der Kreisparafasse verwaltet, ein Einbruch verübt. Der Täter, der mit den örtlichen Verhältnissen vertraut gewesen sein muß, schleppte eine Kasse mit den Kellern, wo er sie erbrach und den Inhalt von etwa 500 Mark erbeutete. Ein an einer anderen Stelle aufgebahrter Betrag fiel ihm nicht in die Hände. Weiter wurde noch ein Schreibbisch erbrochen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Finstertal, 4. Juni. (Ein Wildbiß erschossen.) Der 33jährige Bräuförher Gleisner aus Bornsdorf war von seinem Chef, dem Kammerherrn von Arnim in Bornsdorf zur Bodjagd bestellt. Auf dem Wege zum Revier traf er den 39jährige ledigen Arbeiter Reinhold Umlauf und den ebenfalls aus Finstertal stammenden Barbier Noatnik. Da beide einen verdächtigen Eindruck machten, hielt er dieselben an und wollte sie zwecks Feststellung ihrer Personalkarte zur zuständigen Landjägerstation bringen. Auf dem Wege dorthin drehte Noatnik sich plötzlich um und feuerte mit einer 6 mm-Wistole auf den Förher. Dieser wurde in den Arm getroffen, ließ sein Rad fallen und ließ sich Noatnik mit einem Schrotschuß aus seinem Drilling nieder, an deren Folgen er gestorben ist. Der Förher mußte sich zur Behandlung ins Krankenhaus Luckau begeben.

Leopoldshall. (Zu Tode gechleift.) In schnellem Tempo fuhr der 22jährige Erich Kluge aus Güssen auf dem Fahrrad den Prinzenberg herab auf die Bodebrücke zu. Im selben Augenblick fuhr an dieser Stelle ein Tank-LKW über, der auf den der Radfahrer aufstieß. Er wurde durch den Anprall vom Rade geschleudert und von dem Vorderende des Anhängers erfaßt und mitgeschleift. Das Hinterrad ging dem Unglücklichen über den Kopf und drückte ihm den Schädel ein. Er war sofort tot.

Nordhausen. (Mit dem Bell gegen den Sohn.) Der Landwirt Hermann Hoffmann aus dem benachbarten Bielen überfiel seinen schlafenden Sohn mit einem Bell. Der Erwachte setzte sich zur Wehr. Der Vater ließ schließlich von seinem Sohne ab. Man fand ihn später erhängt in der Scheune. Der Grund zu der Tat des Vaters soll darin zu suchen sein, daß er wieder heiraten wollte, dabei auf den Widerstand seiner Kinder stieß.

Gonna (Sangerhausen). Am Freitag überfiel ein Gewitter den Berginvaliden Reinhold Volkraht mit seinem

16jährigen Sohn, der ihm Kaffee brachte, auf dem Vater. Schuh fuchend, schickten beide unter eine Linde und wurden dort vom Blitz getroffen. Beide waren auf der Stelle tot. Den Hinterbliebenen wendet sich die Teilnahme der gesamten Einwohnerschaft zu.

Sohnstiftungsverträge werden durch die in Aussicht stehende Reform der Willensprozedur in ihrer Gültigkeit weitgehend eingeschränkt. Ueber die gegenwärtige ungünstige Rechtslage, wie sie durch die dem Gläubiger ungünstige Rechtsprechung des Reichs- und Reichsarbeitsgerichts und die teilweise abweichende Rechtsprechung der unteren Instanzen geschaffen wurde, berichtet ein längerer Aufsatz in den nächsten Heften der „Rechtlichen Kurzbrieft“. Weitere aktuelle Aufsätze berichten über das Fürsorgewesen, über die neue Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts zum Tariflohnverzicht, über Nachsentenzen, die neue Kraftfahrzeugsteuer usw. Aber auch über alle anderen Rechts- und Steuerfragen geben die RR. erschöpfend und zuverlässig Auskunft. 45 000 fortgeschrittene Kaufleute und Beamte lassen sich durch die RR. beraten. Ein Beweis für die Güte dieser Zeitschrift! Interessenten wenden sich unter Bezugnahme auf diese Zeitschrift an den Rudolf Lorenz-Verlag, den Verlag der Kurz-Zeitschriften, Charlottenburg 9, Scha.

Kochen Sie MAGGI'Suppen

Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

— 32 Sorten —

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Martinskalender.

4. Juni: Schweinemarkt in Jessen.

Grasverpachtung!

Am Mittwoch, d. 8. Juni, 5.30 Uhr nachm., verpachte ich ca. 20 Morgen gute Wiese in den Mauerwiesen. Treffpunkt an der Stammwiese. W. Teichmüller.

Wiesen-Verpachtung.

(Neu-Ansatz), Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 6 Uhr, 6 Hufenplan. Sammelpunkt: Weg Zwiesligko-Heideck, Brücke Heidegarten. Gut Heideck.

Oberhemden, Einfaß-, Wochenend- und Nachtkosthemden Herren-Waoko-Jacken und Hosen

Damen- und Kinder-Strümpfe in Seide, Flor und Wollseide

Kinder-Höckchen von 25 Pf. an

Badelaken, Frottiertücher

Badeanzüge, Turnerhosen und Jacken

Sebastian Schimmener.

Am Donnerstag von 7 Uhr ab **frische Seefische** in stromer Verpackung: **Kablian, Lpil, Goldbarsch, Fischhälft o. Größen** zu den billigsten Tagespreisen

J. G. Fritzsche.

Starkstrom-Artikel!

Elektr. Glühbirnen in allen Wattstärken, **Starkstrom-Sicherungen, Alle Elektro-Ersatzteile, Elektr. Platten und Plattenschnur**

Schwachstrom!

Elektr. Klingel-Anlagen **Elektr. Voltmesser** **Varta Akku-u. Säureprüfer** **Akku-Säure u. Dest. Wasser** **Pertrix-Anoden, 100 u. 120 Volt** **Akku-Lastestation, 10% billiger** **Gasglühstrümpfe (Wuerlich)**

Auf alle Artikel **10 % Preis-Ermäßigung!**

Fritz Rödler, Auto-Vorfahrten. Fernruf 253.

Brillenbedürftige!

Am Donnerstag, den 9. Juni, von 9-12 Uhr, im Hotel „Goldener Anker“ **kostenlose Augen-Untersuchung** (Sehstärkeprüfung). Anpassen der richtigen Brillen. 1 Jahr Garantie. Konkurrenzlos billig. Dr. C. Double-Brille mit großen, runden Gläsern, hölzerne Fassung, echt Lederbügel vergraben, nur 5 Mk., Nickelbrille 2.70 Mk. — Neu! Unsere Ideal-Doppelbrille, ermöglicht gleichzeitig Fern- und Nahsehen, 12.50 Mk. Lieferant von Krankenkassenmitgliedern. Viele Dankschreiben. **Optiker Schütte, Rathenow** Fachmännische Beratung in allen Augenangelegenheiten. Besuchen Sie Ihre Brille direkt aus Rathenow!

Am Mittwoch, d. 8. Juni abends 5 Uhr **Platzanweisung auf dem Schützenplatz.** Der Schützenmeister.

Freisch geprüfte **Stachelbeeren** verkauft Heinrich Schröder, Borkshule.

Zum modernen Kleid in den Farbtönen passende elegante

Wäsche!

Carl Quehl

Billige und gute Ware!

- Tafel-Margarine 1 Pfd. v. 31 Pf. an allerfeinstes Schweineschmalz 1 Pfd. nur 45 Pf.
- Kotosfett 1 Pfd. v. 36 Pf. an
- Vierfrucht-Marmelade 1 Pfd. 38 Pf.
- Blumenmus, dick eingedickt 1 Pfd. nur 36 Pf.
- Nordhäuser Str. nur 2,40 Mk.

Ferner empfehle ich:

- ff. Delikatess-Würstchen Dose, 3 Paar, 45 Pf.
- Kirschen 2 Pfd.-Dose nur 1.— Mk.
- Erdbeeren 2 Pfd.-Dose nur 1.25 Mk.
- Ananas 2 Pfd.-Dose nur 1.25 Mk.

sowie Süh- und Weiß-Weine und sämtliche Spirituosen zu den billigsten Tagespreisen!

Firma Th. Schunke Nachfolg.

Ansichtskarten darunter neueste Aufnahme von Schloss Annaburg empfiehlt in reicher Auswahl **Herm. Steinbeiss, Papierhdg.**

Achtung! Achtung!

Diese Woche sind **Fahrraddeden u. Ghläuche** besonders preiswert zu haben im ältesten Fachgeschäft am Plage

Herm. Meyer sen., Jorgauerstr. 7

Nur diese Woche! Nur diese Woche!

Reiche Auswahl in **Dessert-Gebäck!**

Russisch Brot	1/4 Pfd. 65 Pf.
Feinstes Buttergebäck	1/4 " 50 "
(mit Schokoladeneinlage)	
Pommes-Würbegebäck	1/4 " 30 "
Fruchtwaffeln	1/4 " 30 "
Schokoladen-Waffeln	1/4 " 35 "
Lederlin-Waffeln	1/4 " 28 "
Suppen-Mandelmatronen	1/4 " 95 "
Albert-Kets	Patet (15 Stück) 35 "
Mollereibutter-Kets	1/4 Patet 45 "

J. G. Fritzsche

Stets frisch gerösteten **Kaffee**

1/4 Pfund 0.50 Mk.	empfeht
1/4 Pfund 0.60 Mk.	
1/4 Pfund 0.70 Mk.	
1/4 Pfund 0.80 Mk.	
1/4 Pfund 0.90 Mk.	
1/4 Pfund 1.00 Mk.	

Th. Schunke Nachf.

Riesen-

Matjes-Heringe Stk. 20 Pf., empfiehlt **J. G. Fritzsche.**

Achtung!

Muniton für Schützen hat wieder am Lager zu billigen Tagespreisen. **Th. Schunke Nachf.**

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen legen wir herzlichsten Dank für die Kranzgebenden und das Geleit zur letzten Ruhestätte. Besonders Dank Herrn Harter Schröder für seine Besuche und Trostesworte im Hause und am Grabe. Herzlich danken wir Familie Ackermann für die liebevolle Pflege der Dahingegangenen.

Sie aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.

Wilhelm Freiwald u. Kinder. Annaburg, den 5. Juni 1932.

Der gewerbliche Mittelstand und das neue Kabinett.

Das Handwerk zur Kabinettumbildung. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat ein Telegramm an den Reichspräsidenten...

Laufanne und die große Weltwirtschaftskonferenz.

Der englische Schatzkanzler Neville Chamberlain erklärte in einer Unterredung über die geplante Weltwirtschaftskonferenz u. a.: Ich begrüße es auf das herzlichste...

Kurze politische Nachrichten.

Der Vorstand des Landdreitages beriet über die kommunalpolitische Lage. Er fasste einstimmig eine Entschließung...

Die Handarantensunde bei mehreren Bauern in Westfalen, die u. a. zur Verhaftung des Bruders des bekannten Bauernführers Friedrich Doepner...

Die Landgemeinden vor dem Zusammenbruch.

Zusammenfassung der Verhandlungen des Landgemeindeverbandes der Provinz Sachsen.

Schierke, 3. Juli.

In dem bekannten schönen Luxurtort Schierke trat heute der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, Provinzialverband Sachsen, unter Leitung seines Vorsitzenden Amts- und Gemeindevorstehers Hilke...

Reich und Land haben durch zahlreiche Notmaßnahmen bisher vergeblich versucht, die Wirtschaft und die Finanzen zu sanieren. Es ist trotz dieser zum Teil sehr schwer empfundener Maßnahmen nicht gelungen...

Nur eine Vereinfachung zu grundsätzlichen Reformen kann Abhilfe schaffen. Insbesondere muß mit der bisher vom Reich und Staat angewandten Methode gebrochen werden...

Die Wohnfrage ist nach wie vor ein einheitliche Lösung des Erwerbslosenunterstützungsproblems durch Zusammenlegung von Arbeitslosenversicherung, Kriegenunterstützung und gemeindlicher Erwerbslosenpflege für unerlässlich.

anerlässige Umfiedlung aus den Großstädten auf das platt Land macht eine bessere Verteilung des Landes, also einen Ausbau der Kreise- und Gemeindefinanzen notwendig.

Die ländliche Siedlung ist ein geeignetes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ebenfalls mit allen Kräften zu fördern. Doch muß bei der Schaffung neuer Siedlungsgebiete auch darauf Bedacht genommen werden...

Von der Reichsregierung wird erwartet, daß nunmehr endlich die seit langem verprochene und immer wieder hinausgeschobene Finanzreform durchgeführt wird.

Bei der Neubildung der Verwaltungsausschüsse des Landesarbeitsamtes und der Arbeitsämter anlässlich der Verringerung der Anzahl der Kreisämter sind die Landgemeinden stärker als bisher zu beteiligen.

Die Verwalter der Landgemeinden der Provinz Sachsen haben eingedenk ihrer Verantwortung bisher in jeder, aufopfernder Arbeit den Kampf für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung...

Anschließend erstattete der Geschäftsführer des Provinzialverbandes Freigang Bericht über die provinziellen kommunalen Tagesfragen und Organisationsangelegenheiten.

Erfolg der D.V.G.-Ausstellung Mannheim.

Gute Geschäfte - Ausständiger Besuch. Die Zahl der Besucher der 38. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim...

Nah und Fern

Bestechungssache bei der Berliner Fremdenpolizei. Die Berliner Kriminalpolizei beschlagnahmte ein Bestechungsschreiben, in die neben sechs in Berlin lebenden politischen Staatsangehörigen auch zwei Beamte der Berliner Fremdenpolizei verwickelt sind.

Das Operationsstudium in der Bauchhöhle der Operierten. Das Gericht in Altona verurteilte einen Arzt aus Helgoland, der bei einer Operation in der Bauchhöhle der Patientin ein sterilisiertes Operationsstudium ver-

Das Schicksal spricht das letzte Wort. Roman von J. Schneider, Illustration von Schwitz-Vieland.

(28. Fortsetzung.) Luß Setterholms Diener nahm Evelyn den hellen Mantel ab und placierte das duftige Gebilde von einem Sommerhütchen auf die Wessinglange der großen Flurtoilette. Dabei lagte er bedauernd: „Das gnädige Fräulein werden Herrn Setterholm nicht erwarten können. Er kommt nicht vor einer Stunde.“

Seine Augen lachten reich durch das Zimmer. „Ich muß fort, Coel!“ Seine Hände wollten nach den ihren greifen und schlagen wieder herab. Gegen den mächtigen Kalkengrand gelehnt, der in der einen Ecke dunkelte, sprach er sein Geschändnis. „Ich könnte ihn dir nicht mitbringen, und wenn ich mein Leben dafür opfern wollte. Ich habe ihn vor einer halben Stunde erliragen.“

Sie weinte nicht. Kein Ton kam aus ihrem Munde. Starb sie zu einer kaum leuchtenden Linie in das Gesicht ein-gegraben stand. Es war ein Zustand völligen Erfahrens, der ihr sogar die Bewegungslosigkeit nahm. An ihrem Gebirn war alles Denken ausgeblüht bis auf das eine: Er ist tot! Er kommt nicht mehr! Wie sehr wird er wiederkommen und dich im Arm halten und mit Rosenroten überhütten!

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquarstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einzeln, Umhängehefte, Schwärzungen und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Ges. halle.

Nr. 68.

Dienstag, den 7. Juni 1932.

35. Jahrg.

Auflösung des Reichstages vollzogen.

Die schon am Sonnabend angekündigte, in Aussicht genommene Reichstagsauflösung ist inzwischen erfolgt. Amtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die am 4. Juni erfolgte Auflösung des Reichstages gemeldet:

Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung wie ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, 4. Juni 1932.

Der Reichspräsident. gez. v. Hindenburg.

Der Reichsminister. gez. v. Papen.

Der Reichsminister des Innern.

gez. Frhr. v. Gayl.

Wahltag der letzte JuliSonntag.

Das Reichsministerium hat beschlossen, die Neuwahlen für den Reichstag am Sonntag, den 31. Juli, stattfinden zu lassen.

Bekanntlich muß die Neuwahl der Bestimmung der Verfassung entsprechend, 60 Tage nach der Auflösung stattfinden. Mit der Wahl am 31. Juli hat die Reichsregierung also den letzten möglichen Termin genommen. Sie hat daraus bezweckt, den Wahltag früher zu legen, offenbar deshalb, weil nicht nur die verwaltungsmäßige Vorbereitung eine längere Zeit beansprucht, sondern auch, um den Parteien genügend Vorbereitungszeit zu lassen, wobei wohl auch daran gedacht wurde, daß die unermesslichen parteipolitischen Reguppierungen sehr viel Schwierigkeiten machen werden.

Das neue Regierungsprogramm.

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Reichstagsauflösung veröffentlichte das Kabinett v. Papen eine lange Erklärung an Stelle der sonst üblichen Programm-Entwicklung vor dem Reichstag. Die Erklärung lautet:

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt.

Das deutsche Volk steht in einer sechsten und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die sechsten Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatsverfassenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu schaffen.

Reichsminister Dr. Brüning hat als erster den Mut

gehabt, eine klare Bilanz der Lage

zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailles Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrisis wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentarismus verflochten haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen: die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Wehrmacht aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Normen, die Voraussetzung jeder Ordnung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation

— ist über schwache Anläge hinausgekommen. Die Sozialverhältnisse liegen über dem Vorkriegsstand. Die ständig gedrückte Arbeitslosigkeit geht trotz aller Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich

ständig steigenden Staatssozialismus

die materiellen Sorgen des Arbeitnehmers wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsstaat zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die

er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zungelängelt folgenden moralischen Zermürung des deutschen Volkes, verschärft durch den unheiligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein freies Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu zerstören droht, muß in letzter Stunde Gehalt gestochen werden. Zu tief ist schon in alle futuristischen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung des atheistisch-materiellen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu Kompromissen bereit waren. Die Meinung des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Parteilichkeit willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß

eine klare Entscheidung

darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu lassen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der wertvollsten Bevölkerungsteile in Stadt und Land, unverzüglich anzubahnen. Damit

die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der vor der alten Regierung geplanten Maßnahmen zu erlassen. Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiet

ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus dem im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Währungs-, der Reparations- und der allgemeinen Wirtschaftskrisis. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Interessen auf dem Spiele.

Aufser Ziel ist in friedlichem Zusammenwirken der anderen Nationen unserer Vaterlande ein Gleichberechtigtsein, politische Freiheit und die wirtschaftliche Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen, um die der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gleichzeitig die wirtschaftlichen

Störungen auf dem Gebiete des Geldes und des Handels und des Handelsverhältnisses, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, beseitigt werden. Die Reichsregierung wird an allen Verhandlungen bereit sein, die diesem Ziel dienen.

Die Grundfrage und Voraussetzung aber ist: Was ist die Grundfrage und Voraussetzung unserer gemeinsamen außenpolitischen Vertretung unserer Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten nicht gibt, ist die

Herbeiführung der innenpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsversammlung, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Zukunft zu stellen gewillt ist. Die Regierung wird unabhängig von Parteien, den Kampf seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.

Die nächsten Aufgaben der Reichsregierung

Kabinett von Papen an der Arbeit.

Das neue Reichskabinett wird in seiner nächsten Sitzung Maßnahmen beschließen, die der neuen Regierung als am vorbringtlichsten erscheinen. Es handelt sich hierbei um vier politische Aufgaben, die nebeneinander zu lösen sind. In erster Stelle steht die Revision der innenpolitischen Maßnahmen des Kabinetts Brüning vor allem die Umgestaltung der Notverordnung über das Verbot der S.A. Abteilungen, um die Auf-

hebung des Uniformverbotes, die Abänderung der Bestimmungen über die parteipolitischen Versammlungen und Demonstrationen, und um eine Abänderung der Pressenverordnungen, die etwas gemildert werden soll. Es ist damit zu rechnen, daß spätestens gegen Ende der Woche das Verbot der S.A. und S.S. Abteilungen rückgängig gemacht wird.

Die zweite Sorge der neuen Reichsregierung gilt der Lage des Reiches. Im Reichsfinanzministerium sind schon Referentenbesprechungen über die Frage im Gange, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um im Interesse der Jungensicherung des Staatsapparates die notwendigen Zahlungen

für die nächste Zukunft leisten zu können. An diesen Besprechungen nehmen auch Vertreter des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums teil. In welcher Weise die notwendigen Summen herbeigeführt werden, ist eine noch offene Frage. Es ist vor allem noch nicht entschieden, ob ein ein Teil der von der Regierung geplanten Steuern in Kraft gesetzt werden sollen, oder ob die fehlenden Gelder auf dem Kreditwege beschafft werden sollen. Die Reichsregierung hat jedenfalls die Pflicht, durch weitere erhebliche Sparmaßnahmen und wesentliche Vereinfachungen der Verwaltung neue Einnahmen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Eine weitere sofort zu erledigende Aufgabe ist die Vorbereitung der

Konferenz von Lausanne, die in der Mitte des Monats stattfinden soll, wenn sie nicht doch noch, wie hier und da angenommen wird, im letzten Augenblicke abgefragt wird. Der Führer der deutschen Delegation nach Lausanne wird Reichsminister v. Brüning sein, wenn es auch noch nicht feststeht, ob er während der ganzen Dauer der Verhandlungen in Lausanne bleiben wird. Mitglieder der deutschen Delegation werden Außenminister v. Neurath, Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk, Wirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold sowie mehrere Staatssekretäre sein. Die Wiederholungen in letzter Zeit aufständischer Kräfte, daß auch der ehemalige Reichspräsident Dr. Brüning der deutschen Delegation angehören wird, will sich nicht bestätigen.

Als letzte dringende Aufgabe wird die Reichsregierung

keine von den Maßnahmen, die in der letzten Zeit in der Reichsregierung beschlossen sind, in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollen. Die Maßnahmen gehören aber der Öffentlichkeit an, und es ist sehr wesentlich abgeändert

antwortet Papen.

der früheren Regierung

Reichsregierung.

die übrigen Mitglieder der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat in ihrer Antrittsrede gegen die bisherige Regierung Auseinandersetzung vor dem Volk.

Das deutsche Volk nun wird auf diesem Wege dem Volk zu veranschaulichen, entgegen-

die Sozialversicherung?

über schwache Anläge nicht an die Armut der Nation angepaßt.

Was ist Wahrheit?

Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte, die Währungszerstörung und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders schwere Währungsnot brachte.

In einer Zeitpanne, in welcher der Außenhandelsverkehr der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — wie immer die

